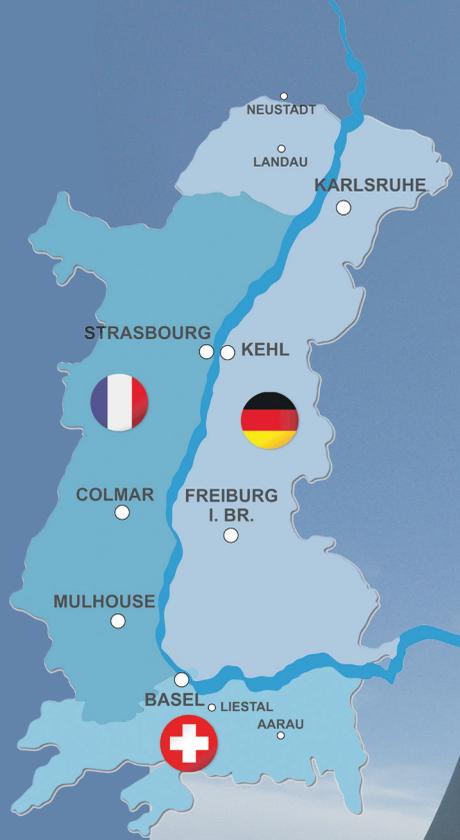


LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
204 · Ausgabe BL·BS · Januar 2023



Am «Dreiländereck» treffen die Landesgrenzen mitten im Siedlungsgebiet aufeinander.

OBERRHEINRAT

Das trinationale Parlament feiert sein 25-jähriges Bestehen

Die internationalen Beziehungen sind hauptsächlich mit der Zusammenarbeit von nationalen Entscheidungsträger:innen assoziiert. Von Lebensrealitäten der einzelnen Grenzregionen sind diese jedoch oft weit weg. Im Oberrheinrat pflegen wir einen direkten Kontakt zu unseren Nachbar:innen zu Themen, bei denen eine lokale Zusammenarbeit für alle erstrebenswert ist. Jetzt feiert der Rat sein 25-jähriges Bestehen.

Für den gemeinsamen Lebensraum im Dreiländereck zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unerlässlich, da Entscheidungen auf der einen Seite der Grenze oft praktische Auswirkungen auf die Menschen im Nachbarland haben. Als Forum für politischen Austausch arbeitet der Oberrheinrat daher seit 25 Jahren an einem besseren Zusammenwachsen der deutsch-französisch-schweizerischen Grenzregion.

Der Oberrheinrat: eine gemeinsame politische Stimme für den Oberrhein

Der Oberrheinrat besteht aus 71 gewählten Vertreterinnen und Vertretern aus der Nordwestschweiz, Baden, dem Elsass und der Südpfalz (Parlamentsmitglieder, Landräte, Maires). In der elfköpfigen Schweizer Delegation sind die Kantonsparlamente von Baselland, Basel-Stadt, Aargau (je drei Sitze) sowie Solothurn



Christoph Hänggi, Landrat und Mitglied der Nordwestschweizer Delegation des Oberrheinrats



Christian von Wartburg, Grossrat und Vorsitzender der Nordwestschweizer Delegation des Oberrheinrats

und Jura (je ein Sitz) vertreten. Der Vorsitz der Nordwestschweizer Delegation liegt aktuell bei Basel-Stadt. Ziel des Oberrheinrats ist es, das politische Handeln im Grenzraum gegenseitig abzustimmen, grenzübergreifende Kontakte zwischen den Mitgliedern zu knüpfen und sich gemeinsam zu positionieren. Die thematischen Kommissionen des Oberrheinrats bieten eine ideale Plattform zur Diskussion von Themen, die den gesamten Oberrhein grenzüberschreitend betreffen: grenzüberschreitende Verkehrsprojekte, die Stärkung der Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, die Bekämpfung des Klimawandels oder die Integration des Wirtschaftsraums und Arbeitsmarkts sind nur ein Ausschnitt der behandelten Aspekte.

Auf die Lebensrealität an der Grenze aufmerksam machen

Der Oberrheinrat kann Empfehlungen und Forderungen beschliessen,

die in Form von Resolutionen an die zuständigen lokalen, regionalen, kantonalen und nationalen Regierungen sowie andere Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die europäische Ebene gerichtet werden. Um die Interessen der Grenzregion insbesondere gegenüber Bern, Paris, Berlin und Brüssel zu vertreten, arbeitet der Oberrheinrat auch mit anderen Akteuren zusammen – etwa im Rahmen der Trinationalen Metropolregion Oberrhein. Wichtig bei dieser Arbeit ist der Netzwerkeffekt.

Die Entscheidungsträger:innen in den Hauptstädten sind oftmals weit weg von den Lebensrealitäten an der Grenze. Wir im Oberrheinrat kennen die Probleme unserer Nachbarn und können uns so gegenseitig unterstützen und damit auch in den Hauptstädten auf die lokalen Problemstellungen aufmerksam machen. Nicht zuletzt die Pandemie hat aufgezeigt, wie wichtig dieses Netzwerk im Ernstfall ist. Einerseits war trotz der geschlossenen Grenzen die Kommunikation mit den Nachbarn immer gegeben und andererseits gelangten die Grenzregionen mit einer einheitlichen Stimme an ihre jeweiligen Landesregierungen.



EVA HERZOG, SARAH WYSS UND MUSTAFA ATICI STELLEN SICH ZUR WIEDERWAHL

«Wir ergreifen Partei für Basel in Bern.»

Eva Herzog, Sarah Wyss und Mustafa Atici, unsere drei Vertreter:innen in Bundesbern, haben ihre Schwerpunkte für die kommende Legislatur gesetzt. An der Medienorientierung vom 25. Januar haben sie ihre gemeinsame politische Agenda präsentiert. Es sind sieben Forderungen, die sie nach Bern tragen. Sieben Themen, zu welchen sie bereits viel erreicht haben – und in denen es dringend noch viel mehr zu erreichen gibt.

Erfolgreiche Arbeit weiterführen

Mit ihren Kandidaturen für die anstehenden Stände- und Nationalratswahlen haben sich Eva Herzog, Mustafa Atici und Sarah Wyss vorgenommen, ihre erfolgreiche Arbeit für Basel-Stadt im Bundesparlament fortzusetzen. Entsprechend ihrer jeweiligen politischen Kernthemen und ihrem Einsitz in den parlamentarischen Kommissionen, werden sie ihren Fokus auch in Zukunft ausrichten. Gemeinsam setzen sie sich so auf breiter Ebene für eine offene, urbane Schweiz ein, in der die Anliegen der Baslerinnen und Basler gehört und zur politischen Aufgabe gemacht werden. Die sieben Punkte der gemeinsamen Agenda lauten:

1. Allianz der Städte:

Wir brauchen eine Stimme.

Der Wohlstand der Schweiz kommt aus den Städten. Sie sind der Wirtschaftsmotor dieses Landes. In Bern sind die Städte stark untervertreten. Es gibt bereits ein «Haus der Kantone» in Bern. Wir fordern ein «Haus der Städte» in Bern. Denn es braucht eine kräftige Allianz, die den urbanen Anliegen Gehör verschafft. Und wir fordern, dass die Städte ins offizielle Vernehmlassungsverfahren des Bundes integriert werden.

2. Zusammenarbeit mit Europa:

Ohne geht es nicht.

Die Zusammenarbeit mit Europa ist der Schlüssel zur Lösung für viele der bevorstehenden Herausforderungen. Wir sehen uns als aktiven Teil Europas und fordern die Wiederaufnahme der guten Beziehungen und der

Verhandlungen mit unseren Nachbar:innen. Für die Wirtschaft, für die Wissenschaft, für die Energieversorgung in der Schweiz.

3. Echte Gleichstellung: Längst überfällig.

Noch immer herrscht Lohnungleichheit. Noch immer sind die Renten der Frauen bis zu 30 Prozent tiefer und noch immer lohnt es sich für verheiratete Frauen steuerlich nicht, zu arbeiten. Noch immer wird zwischen den Geschlechtern diskriminiert. Wir fordern, dass endlich der Weg in Richtung Gleichstellung konsequent gegangen wird. Auf allen Ebenen.

4. Klimaschutz: Jetzt oder nie

NettoNull bis 2050 schaffen wir nicht, wenn wir halbherzig zur Sache gehen. Basel geht mit gutem Beispiel voran und ist auf Kurs zu Netto-Null bis 2037. Diesen Geist müssen wir nach Bern tragen. Damit gesamtschweizerisch mit konsequenten und wirksamen Massnahmen echter Klimaschutz umgesetzt wird. Ab sofort.

5. Gesundheitssystem:

Faire Prämien, faire Arbeitsbedingungen

Die Schweiz braucht ein Gesundheitssystem, das für alle zugänglich ist. Das ist nur möglich mit genügend Fachkräften, die uns heute fehlen. Dafür braucht es dringend bessere Arbeitsbedingungen. Genauso wichtig ist es, die Gesundheitskosten fair zu verteilen und einkommensschwache Haushalte von Krankenkassenprämien zu entlasten.



6. Ein Arbeitsmarkt mit Zukunft

Die Schweiz muss sich überlegen, wie sie das Potenzial nutzt, das in der eigenen Bevölkerung brachliegt. Wir brauchen ein innovatives Bildungs- und Weiterbildungssystem, das wirklich alle erreicht. Wir brauchen faire Arbeitsbedingungen, mehr Lohngerechtigkeit und echte Gleichstellung. Damit wir auch in Zukunft ein Wissens-, Forschungs- und Innovationsstandort von Weltformat sind.

7. Finanzen, die für alle aufgehen

Ein sorgfältiger Umgang mit Finanzen bedeutet, nachhaltig zu investieren und die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Die Schuldenbremse, wie wir sie jetzt haben, ist zu restriktiv gestaltet und muss umgebaut werden. Unnötiges Sparen, gerade im sozialen Bereich, ist kontraproduktiv und führt zu Instabilität. Wir setzen uns ein für einen Finanzhaushalt, der Wohlstand sichert – auch in Zukunft.



DANKE, JULIA!

Während drei Jahren warst du Kampagnen- und Projektleiterin im Parteisekretariat. Es war eine Zeit mit vielen Umbrüchen. Gestartet in einem neu zusammengesetzten Seki-Team, ging es für dich nach drei Wochen in den ersten Lockdown, im ersten Jahr gab es grössere Wechsel im Team und als der letzte Lockdown endlich vorüber war, kam deine Rolle als stv. Geschäftsführerin zum tragen während eines halben Jahres.

Deine Motivation, dein Organisationstalent und deine Weitsicht waren bis zuletzt ungebrochen. Das Voting für unsere nächste Initiative hast du per letzten Arbeitstag erfolgreich abgeschlossen. Und dies nach unzähligen erfolgreich umgesetzten Kampagnen, Bildungstagen, PVs und DVs.

Im Namen der SP Basel-Stadt sagen wir vielen herzlichen Dank für deine hervorragende Leistung und eine erfüllte Erwerbszukunft.

Herzliche Grüsse
Jessica, Lisa, Livia und Sven

NOMINATIONSVERSAMMLUNG

1. Februar 2023, 19 Uhr, Halle 7 im Gundeldingerfeld

Gastrednerin *Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz*

Kandidierende Für den Ständerat: *Eva Herzog (bisher)*
Für die Nationalratsliste: *Mustafa Atici (bisher), Lisa Mathys, Christian von Wartburg, Sarah Wyss (bisher)*

Mehr Kaufkraft für die Menschen.

JA ZUM STEUERPAKET



SP

Wir ergreifen Partei für die Kaufkraft der Menschen



Pascal Pfister,
Grossrat und Mitglied
der WAK

Für 2022 ergibt die letzte Hochrechnung ein Plus von 352 Millionen CHF im Basler Staatshaushalt. In den vergangenen Jahren hat der Kanton jeweils mit hohen Überschüssen abgeschlossen. Und das trotz einem historisch hohen Investitionsniveau. Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates hat angesichts dieser Überschüsse der Regierung mehrere Vorstösse für Steuersenkungen überwiesen. SP-Finanzdirektorin Tanja Soland hat auf dieser Grundlage ein ausgewogenes Steuerpaket erarbeitet und soziale Anliegen integriert. Die SP-Delegation in der Wirtschafts-

und Abgabenkommission (WAK) hat sich bei der Beratung des Geschäfts dafür eingesetzt, dass vom Paket besonders auch der untere Mittelstand und Familien profitieren. Weil dies erreicht wurde, stimmten Fraktion und Delegiertenversammlung dem Steuerpaket zu.

Höhere Sozial- und Krankenkassenabzüge

Vom 112 Mio. CHF schweren Paket kommt ein grosser Teil allen Menschen zu gute. Die Erhöhung und Anpassung des Krankenkassenabzuges (22 Mio. CHF) sorgt dafür, dass der Mittelstand vom Prämienschok entlastet wird und Personen mit Prämienverbilligung wieder den vollen Abzug geltend machen können. Der Ausbau des Sozialabzuges (12 Mio. CHF) ist sozialpolitisch richtig, weil er das steuerbefreite Existenzminimum erhöht und alle Menschen gleich viel von ihm profitieren. Die Senkung des untersten Einkommenssteuersatzes (48 Mio. CHF) spüren die tieferen und mittleren Einkommen direkt im Portemonnaie. Die Erhöhung des Abzuges für Kinder und Fremdbetreuung (10 Mio. CHF) unterstützt Familien bei den hohen Ausgaben im Bereich der Betreuung.

Bei steigender Teuerung zum richtigen Zeitpunkt

Angesichts der bürgerlichen Mehrheit im Parlament konnte die SP eine aus ihrer Sicht unnötige zusätzliche Steuersenkung für hohe Einkommen und Vermögen (20 Mio.) nicht verhindern. Das wirtschaftliche Umfeld mit Inflation und steigenden Preisen spricht aber dafür, das beschlossene Paket umzusetzen. Denn der (untere) Mittelstand leidet stark unter steigenden Mieten, Krankenkassenprämien, Energiekosten und Konsumentenpreisen. Die Entlastung kommt deshalb zum richtigen Zeitpunkt.

Der Spielraum für Investitionen bleibt erhalten

Die Hochrechnung 2022 zeigt eindrücklich: Trotz der geplanten Steuersenkungen bleibt dem Kanton der Spielraum für Investitionen erhalten. Das ist der SP sehr wichtig. Es braucht dringend Investitionen in den Klimaschutz, bezahlbaren Wohnraum, Pflege und Kinderbetreuung. Dafür wird es trotz Steuersenkung weiterhin Platz im kantonalen Haushaltsbudget geben. Und das werden wir auch einfordern.

PARTEIPRÄSIDIUM 2022

Jahresbericht

Im Zentrum des vergangenen Jahres stand für uns als SP Baselland der Auftakt ins Wahljahr 2023 mit den kantonalen und nationalen Wahlen.

Ein erster Schritt dafür war die Abstimmung über die Klimaschutzinitiative im Februar, die wir mit einer eigenen Kampagne begleiteten und klarmachten: Wir ergreifen Partei für sozial-ökologischen Klimaschutz. Wenige Tage nach der Abstimmung startete der brutale und völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der uns auch in der politischen Arbeit der SP Baselland forderte.

Vorbereitungen für die Wahlen

An der Geschäftsdelegiertenversammlung im März entschieden wir, mit zwei Kandidaturen zur Regierungswahl anzutreten. Im Juni nominierten wir dafür neben unserer bisherigen Regierungsrätin Kathrin Schweizer den profilierten Landrat und langjährigen Bubendorfer Gemeinderat Thomas Noack. Im August diskutierten wir

das Fortschrittsprogramm. Mit diesem stellen wir uns der Baselbieter Bevölkerung am 12. Februar 2023 zur Wahl. Für die Forderungen aus dem Fortschrittsprogramm stehen auch die 90 Kandidat:innen, die wir an der gleichen Delegiertenversammlung nominierten. Bereits im September fand der Wahlparteitag statt, an dem es Bildungsangebote sowie das Fotoshooting für die Kandidierenden gab.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt war der – leider erfolglose – Abstimmungskampf gegen das neue Sozialhilfegesetz. Ebenso wenig von (kurzfristigem) Abstimmungserfolg gekrönt war leider unser Einsatz gegen die Vermögenssteuerreform, die im November zur Abstimmung kam.

Was in Erinnerung bleibt

Daneben gibt es unzählige Ereignisse, die uns in Erinnerung bleiben: Die Verabschiedung von Rico Moretti als Kassier der Kantonalpartei nach sage und schreibe 46 (!) Jahren. Das erstmals durchgeführte SP-Som-

merfest in Frenkendorf im Juni. Mit Bestürzung und grosser Trauer denken wir an Urs Wüthrich-Pelloli zurück, der am 18. Juli völlig überraschend verstarb. Noch wenige Wochen zuvor nahm er am Bildungsweekend in Langenbruck teil, das er in der letzten Jahren mehrmals mitorganisierte und bei dem der ehemalige Regierungsrat seine Kochkünste unter Beweis stellte. Nebenbei lief das sogenannte «Alltagsgeschäft» natürlich weiter und forderte die Organe, die Fraktion und das Sekretariat auf allen Ebenen. Als Präsidium möchten wir uns bei allen herzlich bedanken, die sich auf verschiedensten Ebenen täglich für ein soziales Baselbiet engagieren!

Nun gilt es für uns, den Schwung aus über einem Dutzend öffentlicher Veranstaltungen in den Sektionen, unzähligen Politapéros und über 1800 Gesprächen beim Einbindungstelefonieren mitzunehmen in die heisse Wahlkampfphase. Wir freuen uns auf das bevorstehende Wahljahr!

Jonas Eggmann, Vizepräsident SP BL

AGENDA SP BL

- Samstag, 21., 28. Januar und 4. Februar 2023
Mobilisierungstelefonieren
Dezentral im ganzen Kanton
- Sonntag, 12. Februar 2023
Wahlfest
14 Uhr, Gym Liestal
- Mittwoch, 15. März 2023
Koordinationskonferenz
19.15 Uhr, Markthalle Basel
- Dienstag, 21. März 2023
Sessionsbericht
19.30 Uhr, APH Hofmatt in Münchenstein
- Samstag, 25. März 2023
Geschäftsdelegiertenversammlung
12 Uhr, Kirchgemeindsaal in Binningen
- Wochendende vom 12. bis 14. Mai 2023
Bildungsweekend
Läufelfingen

Dreikönig:innenapéro

Traditionell eröffnet die Sektion Muttenz das anstehende Politjahr mit dem Dreikönig:innenapéro, zudem sowohl Mitglieder als auch Interessierte eingeladen werden. Auch in diesem Jahr durften wir viele bekannte Gesichter willkommen heissen und den Raum für ein spannendes Podium bieten.

Landrätin Tania Cucè moderierte die Runde, in der unsere Regierungsrätin Kathrin Schweizer und unser Landrat und Regierungskandidat Thomas Noack vertreten waren. Nationalrat Fabian Molina komplettierte die Runde und ergänzte die oft kantonalpolitischen Diskussionen mit Hintergründen zum Wahlkampf in Zürich und mit grossem Fachwissen aus der nationalen Politik.

Gleichstellung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Regierungsrätin Kathrin Schweizer genoss es sichtlich, wieder einmal in Muttenz, ihrer Wohngemeinde, an einem Podium teilzunehmen und sprach sich im Kontext der kantonalen Politik der nächsten vier Jahre klar für einen Ausbau der Förderung von Verein-



barkeit und Familie und für eine gute, grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unserer Region aus. Auch Thomas Noack benannte klare Ziele für den Kanton, dazu gehört unter anderem eine ambitionierte Klimapolitik. Nachdem Tania Cucè die drei Podiumsteilnehmenden zu den prägendsten Begriffen des letzten Jahres befragte – Frauenticket, Strommangel und Schutzstatus S – wurde klar, dass die drei am Puls der Zeit sind und politisch gebraucht werden. Nach dem Podium lud die SP Muttenz zum Apéro ein. Beim Anstossen und Dreikönigskuchen essen blieb genug Zeit, sich auszutauschen und über die anstehenden Wahlen zu fachsimpeln.

Julie von Büren, Co-Präsidentin SP Muttenz

Fortschritt für Baselbiet

Wir sind die einzige Partei, die mit einem Wahlprogramm – dem Fortschrittsprogramm – zu den Wahlen antritt. Folgend sind vier zentrale Forderungen unserer Kampagne kurz vorgestellt – es sind jene Forderungen, die auch auf unseren Plakaten zu finden sind.

Kaufkraft stärken

Um die Kaufkraft zu erhalten und zu stärken, setzen wir uns dafür ein, dass Wohnraum bezahlbar ist und steigende Krankenkassenprämien sowie Energiekosten für tiefe und mittlere Einkommen aufgefangen werden. Mit diesen und weiteren Massnahmen wollen wir die Lebenshaltungskosten senken und die Kaufkraft der Menschen stärken. Zudem setzen wir uns für faire Löhne und einen Mindestlohn ein – wer arbeitet, soll davon leben können!



Garantierte Kita-Plätze

Im Kanton Baselland besteht grosser Handlungsbedarf in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gebührenfrei Kita-Plätze verbessern nicht nur die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit, sondern fördert auch die Gleichstellung. Zudem trägt eine gebührenfreie Kinderbetreuung dazu bei, dass die Gründung einer Familie nicht zu einem Privileg wird – nicht alle Familien können für die Betreuung ihrer Kinder auf die Hilfe der Grosseltern zählen oder die Kosten für die Kinderbetreuung stemmen – auch sie sollen eine Familie gründen können, ohne dass dies ein Armutsrisiko ist.



Klima schützen

Klimapolitik ist dann mehrheitsfähig, wenn sie sozial ausgestaltet ist. Eine effektive und sozial gerechte Klimapolitik gibt es nur mit der SP. Wir wollen unsere Lebensgrundlagen erhalten und die Lebensqualität aller verbessern. Im Zuge des dafür notwendigen ökologischen Umbaus sollen gute und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Wer jetzt im Bereich der Klimapolitik mit Investitionen und Innovationen vorangeht, wird mittel- bis langfristig davon profitieren. Das Baselbiet soll in Sachen Klima- und Umweltpolitik wieder zum Pionerkanton werden. Wir können es uns nicht leisten, weiterhin nur das Nötigste zu tun. Wir brauen einen klimapolitischen Aufbruch!



Gute Schulen

Gute Bildung setzt gut ausgebildete Lehrpersonen und eine zeitgemässe Infrastruktur voraus. Um den Schülerinnen und Schülern einen hochstehenden Unterricht zu ermöglichen und die Chancengerechtigkeit zu stärken, wollen wir in die Bildung unserer Kinder investieren – Investitionen in unsere Kinder sind Investitionen in unsere Zukunft. Es darf nicht vom Wohnort abhängig sein, ob Schülerinnen und Schüler Zugang zu einer zeitgemässen Infrastruktur haben – wir wollen überall gut ausgestattete Schulen! Auch sollen die Bildungschancen nicht von der Herkunft eines Kindes abhängen. Deshalb fordern wir einen massiven Ausbau von Tagesschulen, um die Chancengleichheit zu stärken.



Klimastrategie des Kantons Baselland oder der Vogel Wunschlos fliegt nicht weit

Seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts wissen wir Bescheid: wir verbrennen unverantwortlich viel Öl, Kohle und Gas. Die dadurch verursachte Klimaerwärmung spüren wir jetzt immer deutlicher. Heisse Sommer, warme Winter, Trockenheit gefolgt von Starkniederschlägen und Hochwassern, Waldbrände und steigende Meeresspiegel sind nur einige Folgen.



Thomas Noack,
Landrat und
Regierungskandidat
SP Baselland

Eigentlich wissen wir auch schon lange, was zu tun wäre. Umso wichtiger ist es, jetzt endlich mit Entschiedenheit das Schlimmste zu verhindern. Die Technologien sind bekannt. Die Nutzung der Sonnen- und der Windenergie, Verbote von Öl- und Gasheizungen und ihr Ersatz durch die Nutzung von Erdwärme, von Wärmepumpen und den Ausbau der Fernwärme, bessere Isolation der Gebäude oder auch Elektroautos sind alles keine Erfindungen des 21. Jahrhunderts.

Klimastrategie ohne Ambitionen

«Der Vogel Wunschlos fliegt nicht weit». Dieses Zitat der deutschen Theologin Dorothee Sölle charakterisiert die Baseltier Klimapolitik. Die kürzlich vom Grünen Regierungsrat Isaac Reber vorgestellte Klimastrategie des Kantons orientiert sich ambitionslos am Netto Null Ziel bis 2050. Die Strategie ist zwar solide – aber leider nicht mehr. Immerhin zeigt sie im Schlusskapitel, dass sich im Vergleich zu «Nichts Tun» die Investitio-

nen in die Massnahmen für den Klimaschutz wirtschaftlich lohnen. Von einer ambitionierten Klimastrategie hätte ich aber erwartet, dass sie sich am kürzlich in Basel-Stadt beschlossenen Netto Null Ziel 2037 orientiert. Was wäre wohl der wirtschaftliche Effekt eines Netto Null Ziels 2037?

Das Baselbiet kann mehr

Im Klimaplan der SP Baselland, unter dem Motto «Netto Null bis 2030 – das Baselbiet kann mehr» fordern wir unter anderem den Ausbau der öffentlichen Investitionen in den ökologischen Umbau, z.B. mit einem grosszügigen Innovationsfonds. Während in der EU und den USA Milliarden in die Klimawirtschaft investiert werden, fehlt dieser wichtige Baustein in der Strategie des Kantons Baselland. Leider fehlen auch Überlegungen, wie der Kanton seinen Handlungsspielraum erweitern kann. So ist Basel-Stadt unter anderem handlungsfähig, weil ihm die IWB gehören. In Baselland sieht die Klimastrategie lediglich einen Dialog mit den Energieversorgern vor.

Eine ambitionierte Klimapolitik sieht anders aus. Ich ergreife zusammen mit Kathrin Schweizer und der Landratsfraktion der SP Partei für eine innovative Klimapolitik im Kanton Basel-Landschaft.

Aus dem Bedrohungsmanagement wird der Dienst Gewaltschutz

Bereits 2002, kurz nach dem fürchterlichen Attentat von Zug, hatte der Kanton Baselland ein «Bedrohungsmanagement auf Abruf» installiert: Eine Fachperson im Mandatsverhältnis hat sich wenn nötig der «schwierigen Kundschaft» angenommen, die Konflikte mit Mitarbeiter:innen hatten. Im Jahr 2014 wurde dann das Bedrohungsmanagement fest installiert, mit einer Vollzeitstelle.



Kathrin Schweizer,
Regierungsrätin

Die Fälle nehmen seit Jahren kontinuierlich zu, wie auch die Anforderungen ans Bedrohungsmanagement generell. Damit wird klar, «Bedrohungsmanagement» muss in einem weiteren Zusammenhang betrachtet werden. Darum haben wir in der Sicherheitsdirektion einen «Dienst Gewaltschutz» aufgebaut, der bei der Polizei angesiedelt ist und sich aus den vier Komponenten Bedrohungsmanagement, Radikalisierung, Häusliche Gewalt und Opferschutz zusammensetzt. Dafür werden auch die personellen Ressourcen bis 2024 auf insgesamt 5,5 Vollzeitstellen aufgestockt.

Mit dem Dienst Gewaltschutz setzt der Kanton Baselland die Vorgaben aus den Nationalen Aktionsplänen Radikalisierung und Extremismus und der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) um.

Der Schutz vor häuslicher Gewalt ist mir ein grosses Anliegen. Darum habe ich bereits vor knapp zwei Jahren zusammen mit Basel-Stadt die Schutzplätze in den Frauenhäusern mehr als verdoppelt und die Lernprogramme für gewaltausübende Personen erweitert. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass Kinder häufig Opfer von häuslicher Gewalt werden.

Die Vernetzung im Bereich des Gewaltschutzes ist zentral: Die polizeilichen Fachbereiche werden im Bedarfsfall durch weitere Fachpersonen z.B. aus den Bereichen Häusliche Gewalt, Opferschutz, etc. ergänzt. Mit dieser Struktur können wir das Knowhow gezielt einsetzen und die Fälle in der geforderten Qualität und vernetzt angehen und so die Opfer besser schützen.

AUS DEM GROSSEN RAT

Zeitstopper vom Dienst



Claudio Miozzari,
Statthalter des Grossen Rats
2023

Ab Februar 2023 bediene ich die Stoppuhr im Grossen Rat. Das ist nämlich eine der Aufgaben des Statthalters oder der Statthalterin, wie das Vizepräsidium des Parlaments in Basel heisst. Mit der Stoppuhr wird die Einhaltung der Redezeiten kontrolliert.

Als Statthalter habe ich natürlich auch andere Aufgaben: Ich sitze neben dem neuen Präsident Bülent Pekerman von der GLP, um diesen nach Kräften zu unterstützen. Es gilt, aufmerksam zu sein. Denn das Präsidium muss auf unvorhergesehene Ereignisse, spontane Anträge oder auch Provokationen reagieren. Insbesondere Letztere werden

uns wohl leider immer wieder vor Herausforderungen stellen.

Fokus auf die Funktion des Parlaments

Die neue Aufgabe bringt es mit sich, dass ich selber keine Voten mehr halte im Plenum. Auch Vorstösse reicht man als Statthalter:in keine mehr ein. Dasselbe gilt als Präsident:in, falls man nach einem Jahr vom Grossratsplenum auch als solche:r gewählt wird. Wohl zwei Jahre lang äussere ich mich nun also nicht mehr parteipolitisch, sondern richte meine Tätigkeit auf das Funktionieren des Parlaments aus. Immerhin darf ich als Statthalter noch an den Abstimmungen teilnehmen. Als Grossratspräsident werde ich «nur» noch im Falle eines Stichentscheids abstimmen.

Lebendige Demokratie durch Kontakt mit den Menschen

Trotz stummem Verhalten bei Sachfragen: Die Tätigkeit im Grossratspräsidium hat eine

durchaus politische Dimension. Im Präsidium vertreten wir das Parlament gegenüber der Bevölkerung. Und was gibt es Politischeres, als den Basler:innen die Aufgaben und das Funktionieren des demokratischen Systems näher zu bringen? Darauf werde ich meinen Fokus legen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, die Anliegen, Sorgen und Wünsche von möglichst vielen und unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung zu hören. Und mit den Menschen in und um Basel darüber sprechen, wie man sich in unserem politischen System einbringen kann. Je näher an der Bevölkerung desto lebendiger die Demokratie.

Dass ich diese spezielle Aufgabe als Vertreter der SP Basel-Stadt und im Auftrag meiner Fraktion wahrnehmen darf, erfüllt mich mit Dankbarkeit und ist eine besondere Motivation.

AUS DEM LANDRAT

ÖV-Ausbau in kleinen Schritten

Der Verkehr und die Gebäude sind die grössten CO₂-Emittenten in unserem Kanton. Wir müssen in diesen Bereichen unbedingt aktiv werden und dafür sorgen, dass wir die CO₂-Emissionen reduzieren. Am 5. Mai 2022 hat die SP-Fraktion 16 Vorstösse eingereicht, welche das Ziel hatten, den Öffentlichen Verkehr auf verschiedene Art und Weise zu stärken.



Jan Kirchmayr,
Landrat SP

Unter anderem forderte Landrat Linard Candreia die Prüfung eines Viertelstundentaktes der S-Bahn Basel-Laufen Sandra Strüby den Ausbau des Spätangebotes auf dem Läuferfingerli und ich ein Expresstram auf der 11er-Linie. Wir setzen uns nicht nur

für den Ausbau des ÖV-Angebotes ein, sondern wollen auch mit konkreten Massnahmen des Kantons und der Transportunternehmen gegen den Klimawandel vorgehen. Deshalb forderten wir, dass ÖV-Haltestellen mit Solarzellen bestückt werden und beim Bau von Tramtrassen zukünftig vermehrt auf Grüngleise gesetzt wird.

Im Dezember und Januar diskutierte der Landrat an seinen Sitzungen über die ÖV-Vorstösse. Das Ergebnis lässt einen mit gemischten Gefühlen zurück. So beauftragte der Landrat die Regierung mit der Prüfung des Expresstrams und des Viertelstunden-

taktes Basel-Laufen und auch Solarzellen auf ÖV-Haltestellen sollen die Transportunternehmen in Angriff nehmen. Der Regierungsrat, welcher zu den Vorstössen ebenfalls Stellung nahm, wollte weder von einem Bahnhof Bockten noch von einer dauerhaften Bedienung der S-Bahn-Haltestelle St. Jakob etwas wissen. Gerade beim Joggeli hätte man einen neuen Umsteigknotenpunkt schaffen können, um auch den Bahnhof SBB zu entlasten.

Für uns ist klar: Wir müssen den Anteil des öffentlichen Verkehrs (und auch des Fuss- und Veloverkehrs) am Gesamtverkehr stärken, um einen Beitrag gegen den Klimawandel zu leisten. Dies können wir mit einem ausgebauten und günstigen Angebot und mit Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit erreichen.